

Saubere Genossen

Bürgerinitiativen finanzieren zunehmend Anlagen für erneuerbare Energien

VON DIERK JENSEN

Genossenschaften erleben derzeit eine Renaissance – vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien. „Wir haben einen regelrechten Lauf“, sagt Michael Diestel. 2009 gründete er im Landkreis Rhön-Grabfeld zusammen mit 34 anderen die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Genossenschaft. Heute zählt sie 260 Mitglieder. Gerade wird die Tribüne des TSV Großbardorf mit einer 120-Kilowatt-(kW)-Fotovoltaikanlage bestückt, viele weitere Projekte sind geplant.

Nicht nur Solarenergie, auch Windenergie, Wärmenetze und Biomasse will Diestel in seiner Region voranbringen. „Mit unserem Modell bieten wir jedem Dorfbewohner die Möglichkeit, mitzumachen“, sagt er. Irgendwann, so hofft er, wird die Bundesrepublik von einem Netz aus Genossenschaften überzogen sein.

Dafür müssten allerdings die Kommunen stärker als bisher in Aktion treten. Bei der Energiegenossenschaft Odenwald ist das gelungen. Sie ist kaum mehr als ein Jahr alt und hat bereits rund 15 Mio. Euro investiert: in 30 solare Dachanlagen und zwei Freianlagen. Außerdem will sie eine kleine Wasserkraftturbine mit 100 Kilowatt Leistung reaktivieren, an der eine Gemeinde beteiligt ist. Für uns ist das „kein Problem“, sagt Christian Breunig, Vorsitzender von Odenwald. Inzwischen hätten sie den Aufsichtsbehörden erfolgreich verklickert, dass sie primär das Gemeinwohl der Kommune und nicht den Profit im Blick haben.

Die Beteiligung von Gemeinden an genossenschaftlichen Energieprojekten ist aus kommunalrechtlicher Sicht nicht immer unproblematisch. Denn die bundesdeutsche Gemein-

deordnung verbietet eine Beteiligung an gewinnorientierten Unternehmungen. Daher musste auch Alexander Nicolaisen, Bürgermeister im schleswig-holsteinischen Honigsee, viel Überzeugungsarbeit leisten, bis er die großen Bedenken der Kommunalaufsicht gegenüber der Beteiligung an der Nahwärmenetz-Genossenschaft ausräumen konnte. Nun ist Honigsee mit 100 000 Euro an der Genossenschaft beteiligt, die große Teile des Dorfes mit der Abwärme von einer Biogasanlage versorgt.

Nicolaisen ist ein großer Befürworter der Genossenschaft. „Sie ist weniger kapitalistisch und dafür demokratischer“, findet er. Das Wichtige sei aber: Gewinne können auch nach Veröffentlichung des Jahresabschlusses noch durch sogenannte Rückvergütungen, beispielsweise durch günstigeren Wärmeabnahmepreis, deutlich gesenkt werden. Das minimiere die steuerliche Belastung der Genossenschaftsmitglieder.

Burghard Flieger kennt viele der deutschen Genossenschaften. Er

beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Thema und engagiert sich selber in der Freiburger Genossenschaft Energie in Bürgerhand (EiB). Die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort und damit emotionale Motive stünden bei diesen Modellen im Fokus. Sei der Leidensdruck hoch genug, bilde sich eine Genossenschaft auch über politische Grenzen hinweg. „Da finden sich Christlich-Wertkonservative mit linken Wohngemeinschafts-Freaks zusammen, um eine demokratische, dezentrale und grüne Energieversorgung voranzubringen“, sagt er und lässt keinen Zweifel daran, dass er diese parlamentarische Demokratie in miniature gut findet.

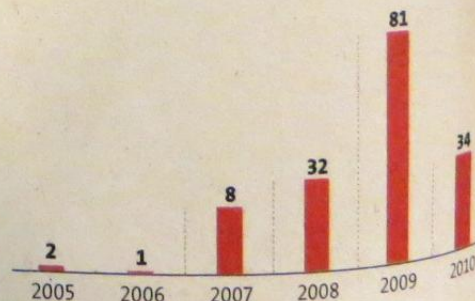
Dass die Gründung einer Genossenschaft extrem aufwendig ist, räumt Flieger ein. Denn alle Akteure müssten unter einen Hut bekommen werden. Die Gesellschaft muss sich dann von einem der rund 35 Prüfungsverbände prüfen lassen, bevor sie ins Register eines Amtsgerichts eingetragen werden kann.

Mehr grüne Gründer

Boom Energiegenossenschaften liegen im Trend. Mittlerweile gibt es rund 200 Fotovoltaik-, 30 Nahwärme- und 60 Elektrifizierungsgenossenschaften. Bis 2020 sollen es 1000 Genossenschaften sein. Ob sich die Gewerkschaften mit dem Modell von Betriebsbelegschaftsgenossenschaften bei den neuen Energien engagieren werden, ist indes ungewiss.

Gründungen Solargenossenschaften

Anzahl



FTD/jst, Quelle: Flieger, Innova